

„Berlin bleibt einer der Initiatoren des Sanktionsdrucks auf unser Land“

Maria Wassiljewa :: 11.9.2022



Deutschland verfügt nicht über die notwendigen Kapazitäten zur Aufnahme von LNG, um kurzfristig komplett auf russisches Gas zu verzichten. Dies sagte der russische Botschafter in Deutschland, Sergej Nechaev, in einem Interview mit der Iswestija. Trotzdem sei Moskau bereit, [Nord Stream 2](#) auch morgen zu starten, trotz der Tatsache, dass die deutsche Regierung einseitig zum Zusammenbruch der für beide Seiten vorteilhaften Beziehungen mit der Russischen Föderation gegangen sei, betonte der Diplomat. Ihm zufolge hat Berlin die "rote Linie" überschritten, als es begann, Kiew mit tödlichen Waffen aus eigener Produktion zu beliefern, die gegen russische Militärangehörige und Einwohner von Donbass eingesetzt werden. Sergey Nechaev sprach auch über die Situation rund um die Turbine für Nord Stream 1 und äußerte sich zu Visabeschränkungen für Russen.

„Der Rubikon ist überschritten“

- Bundesaußenministerin Annalena Burbock räumte kürzlich ein, dass Lieferungen nach Kiew wegen "absoluter Verknappung der eigenen Reserven" "auf einem schmalen Grat" seien. Bundeskanzler Olaf Scholz sagte dann jedoch, Deutschland könne die Verantwortung für die Stärkung der ukrainischen Artillerie- und Luftverteidigungssysteme übernehmen. Wie lassen sich diese Widersprüche erklären?

- Ich sehe keinen Grund, die Meinungsschattierungen in der deutschen Koalition bezüglich der Lieferung bestimmter Waffen an Kiew zu kommentieren. Allein die Tatsache, dass das ukrainische Regime mit in Deutschland hergestellten tödlichen Waffen versorgt wird, die nicht nur gegen russisches Militärpersonal, sondern auch gegen die Zivilbevölkerung des [Donbass](#) eingesetzt werden, ist eine „rote Linie“, die die deutschen Behörden nicht hätten überschreiten dürfen, einschließlich deren Aufnahme Rechenschaft über die moralische und historische Verantwortung Deutschlands gegenüber unserem Volk für die Verbrechen des Nationalsozialismus während des Großen Vaterländischen Krieges ab. Der Rubikon wurde jedoch überschritten. Kiew mit Waffen zu pumpen, wie es die angelsächsischen NATO-Verbündeten von der BRD fordern, ist ein Weg ins Nirgendwo, der den Konflikt nur verlängert und die Verluste erhöht. Viele Menschen in Deutschland sind sich dessen bewusst.

- Kann sich die Rhetorik der Regierung vor dem Hintergrund der jüngsten Aufrufe zum Dialog mit der Russischen Föderation vom linken Flügel der SPD – einer Partei, die Teil der Regierungskoalition ist – ändern? Kann Deutschland Vermittler im Verhandlungsprozess zwischen Russland und der Ukraine werden?

- Es gibt noch keine Änderung in der offiziellen Rhetorik. Sie trägt nach wie vor einen aggressiven antirussischen Charakter, basierend auf [Moskaus Vorwürfen](#) bei allen Todsünden der Unwille, objektive Realitäten anzuerkennen und die Genese der Ukraine Krise zu berücksichtigen. Die deutsche Regierung führte einseitig zum Zusammenbruch der für beide Seiten vorteilhaften bilateralen Beziehungen, die in ihrem Umfang und Reichtum einzigartig sind und in den letzten Jahrzehnten auf partnerschaftlicher Basis aufgebaut wurden. Tatsächlich wird der Prozess der Aussöhnung unserer Länder und Völker nach dem Krieg ausgehöhlt. Auch hier ertönen einzelne Stimmen, die an die Vernunft appellieren (wir hören sie), aber sie machen nicht das Wetter. Berlin bleibt einer der Initiatoren des Sanktionsdrucks auf unser Land. Unter solchen Bedingungen ist es kaum zielführend, von einer vermittelnden Rolle der BRD zu sprechen, und diesbezügliche Initiativen aus Berlin gibt es in letzter Zeit nicht.

[Берлин остается одним из инициаторов](#)



„Wir sind weit davon entfernt, uns darüber zu brüsten“

- Am vergangenen Wochenende fand in Köln eine Kundgebung zur Unterstützung Russlands statt, bei der die deutschen Behörden aufgefordert wurden, die Waffenlieferungen an die Ukraine einzustellen. Gleichzeitig tauchten sofort Informationen auf, dass sich Vertreter der russischsprachigen Diaspora an den Protesten beteiligten. Ist es so?

- Demonstrationen fanden in vielen Städten Deutschlands statt. Dies wurde von den Medien berichtet. Sie forderten die Aufhebung der antirussischen Sanktionen, die Weigerung, Waffen an die [Ukraine](#) zu liefern, und den Start von Nord Stream 2. Es ist sinnlos, hier nach einer „russischen Spur“ oder „der Hand des Kremls“ zu suchen, wie es manche versuchen. Solche Stimmungen werden mit einem starken Anstieg der Stromrechnungen, Inflation und einem Rückgang der Realeinkommen im Zusammenhang mit dem vom Westen entfesselten Sanktionskrieg gegen Russland in Verbindung gebracht, der hier zunehmend als „Selbstschuss“ qualifiziert wird. Die Folgen der Sanktionen sind für die einfachen Menschen zu spüren. Viele Menschen sind anderer Meinung. Und natürlich sind dies bei weitem nicht nur und nicht so sehr Vertreter der russischsprachigen Diaspora.

- Kürzlich hat die Regierung das dritte Hilfspaket für die Bevölkerung verabschiedet. Kann er die Menschen in Deutschland beruhigen?

- Ich wiederhole, all diese "Pakete" sind die erzwungene Reaktion der Regierung auf die Ergebnisse der kurzsichtigen Wirtschafts- und Energiepolitik des kollektiven Westens, der auf die "Erstickung" Russlands gesetzt hat. Wie sehr sie es zulassen werden, alle Probleme vollständig zu lösen, wird die Zeit zeigen, zumal die sozioökonomischen Herausforderungen kurzfristig, so die Prognosen deutscher Politiker und Experten, nur noch zunehmen werden. Versuche, die Verantwortung für das Geschehen auf Moskau abzuwälzen, überzeugen nicht. Das ist jetzt klar. Der Rückgang der Realeinkommen, das Regime der maximalen Ersparnisse, die Ablehnung des gewohnten Lebensstandards, die Schließung von Industrien müssen natürliche Besorgnis hervorrufen. Wir sind weit davon entfernt, uns darüber zu freuen. Über das Anwachsen der Proteststimmung wollen wir nicht spekulieren. Wir betrachten die laufenden Prozesse als eine innere Angelegenheit Deutschlands, in die wir uns nicht einmischen. Außerdem lesen wir keine hochfliegenden Moralisierungen, obwohl sie im Westen ständig versuchen, dies in Bezug auf Russen zu tun.

[Берлин остается одним из инициаторов](#)



Foto: Global Look Press/IMAGO/Christoph Hardt

Olaf Scholz sagte kürzlich, die BRD werde russisches Gas im Dezember aufgeben. Können wir sagen, dass die Ära der 50-jährigen Gaskooperation zwischen Moskau und Berlin zu Ende ist?

- Nach Ansicht deutscher Experten ist es unwahrscheinlich, dass Deutschland kurzfristig vollständig auf russisches Gas verzichten kann. Hoffnungen auf einen schnellen Ersatz russischer Energieträger durch LNG aus Drittstaaten sind nicht berechtigt. Deutschland verfügt nicht über die notwendigen Kapazitäten zur Aufnahme von LNG, und die fünf im Bau geplanten Terminals werden das Problem nicht vollständig lösen. Ganz zu schweigen vom Fehlen fester Vereinbarungen über zukünftige Lieferungen. Produzenten, die Gas auf dem Spotmarkt verkaufen, schicken es dorthin, wo sie einen höheren Preis anbieten. Wir erinnern uns noch gut an den vergangenen Herbst, als die europäischen LNG-Terminals stillstanden und das gesamte Gas nach Asien floss. Dies sind die Gesetze des Marktes, die unsere westlichen Kollegen entgegen der Logik versuchen aufzuheben, indem sie den Öl- und Gaspreisen künstliche Beschränkungen auferlegen.

Was die russisch-deutsche Zusammenarbeit im Energiebereich anbelangt, deren Früchte Deutschland in den letzten fünfzig Jahren genossen hat, dann sind wir, wie Präsident Wladimir Putin auf der Plenarsitzung des Östlichen Wirtschaftsforums feststellte, bereit, mit der Gasversorgung über zu beginnen Nord Stream 2 auch morgen. Das Problem liegt also nicht bei uns.

„Für uns ist dieses Vorgehen nicht akzeptabel“

- Wie sieht die Zukunft von Nord Stream 2 aus, wenn man bedenkt, dass sogar die Regierungskoalition von der Notwendigkeit spricht, es während der Heizperiode dringend zu starten?

Alles hängt von der deutschen Seite ab. Die Leitung ist gebaut. Das ist ein multilaterales Wirtschaftsprojekt, in das viel Geld investiert wurde. Es ist betriebsbereit, mit Gas gefüllt, entspricht den Anforderungen, die entsprechenden technischen Kontrollen wurden durchgeführt. Zum Start ist lediglich der politische Wille der Führung Deutschlands erforderlich. Vorerst aber haben die Berlin aufgezwungenen politischen Lösungen Vorrang vor Pragmatismus.

Берлин остается одним из инициаторов



Foto: Global Look Press/Bernd Thissen

— Die Turbine für Nord Stream 1 steht noch in Deutschland. Gazprom verlangt schriftliche Garantien, dass die Sanktionen Kanadas, der EU und des Vereinigten Königreichs seine Arbeit in Russland sowie die Reparatur anderer Gaspipeline-Turbinen nicht beeinträchtigen werden. Der Servicekonzern Siemens versichert, dass es keine Sanktionen gebe. Sind in dieser Frage Fortschritte zu erwarten?

- Die erwähnte Turbine wurde vertragswidrig von Kanada nicht nach Russland, sondern nach Deutschland versandt. Alles, was Gazprom anstrebt, ist die strikte Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen für die Reparatur und Wartung der Ausrüstung durch Siemens-Tochtergesellschaften und deren Schutz vor Sanktionen. Kürzlich wurde aufgrund eines festgestellten Defekts (Ölleckage) die letzte in Betrieb befindliche Turbine am Pumpwerk Portovaya abgeschaltet. Vertreter von Siemens gaben eine Erklärung ab, dass dies schon früher passiert sei und daran „nichts Falsches“ sei. Für uns ist diese Vorgehensweise nicht akzeptabel. Außerdem ist es unsicher. Defekte Geräte werden nicht verwendet. Der Dialog über technische Fragen wird auf der Ebene der Wirtschaftsakteure – PJSC Gazprom und Siemens – geführt.

— Die Außenminister der EU-Staaten haben sich bei einem informellen Treffen in Prag darauf verständigt, aus dem Visaerleichterungsabkommen mit Russland auszusteigen. Wie steht die Bundesregierung zu einem möglichen kompletten Visaverbot für Russen?

— Die angekündigten Pläne der EU, aus dem Visaerleichterungsabkommen von 2006 mit Russland auszusteigen, sind bedauerlich und stehen in direktem Widerspruch zu den von der EU vertretenen „Werten“ zur Freizügigkeit. Unser Ansatz wurde vom russischen Präsidenten auf der Sitzung des Weltwirtschaftsforums sehr klar formuliert: Wir werden die Kontakte zwischen unseren Ländern und Völkern nicht von sich aus abbrechen.